

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 520 Mittwoch, 17. Oktober 2012 19. Jahrgang

Neue Opfer der Militarisierung: Acht Tote bei Demonstration in Totonicapán

Die Militarisierung des Umgangs mit sozialen Konflikten hat in Totonicapán acht Menschenleben gefordert und mehr als 30 Verletzte. Sie hatten an einer friedlichen Demonstration gegen einige Änderungen in der Verfassung, gegen hohe Energiepreise und wegen anderer politischer Forderungen teilgenommen. Wie geht es weiter? Könnte es ein heilsamer Schock für die Regierenden sein? Wird es den Widerstand radikalisieren? Kann es ehrliche Dialoge zwischen indigenen Gemeinden und der wirtschaftspolitischen Elite geben?

Derzeit gibt es keine Antworten auf diese Fragen. Die ¡Fijáte!-Redaktion kann in dieser Ausgabe nur über das Geschehene berichten. Und sie kann hoffen, dass die vorsichtig optimistischen Gedanken von Jana Hornberger (ab S. 3) über Diskurse zum Thema Menschenrechte verstanden als "ein Instrument, Nein zu sagen und Widerstand zu leisten" kein Wunschtraum bleiben. Oder niedergeschossen werden …

Totonicapán, 04. Oktober 2012

Es gab anfangs höchst unterschiedliche Versionen über die Umstände, die zum Tod von acht DemonstrantInnen und knapp drei Dutzend Verletzten an Kilometer 170 der Ruta Interamericana in Totonicapán führte. Beginnen wir mit den

Opfern. Die Vereinigung der 48 Kantone von Totonicapán meldeten eine Demonstration an. Blockiert wurde Cuatro Caminos, ein Verkehrsknotenpunkt mit Abzweigungen nach Quetzaltenango, Huehuetenango, Totonicapán und in die Hauptstadt. Sie protestierten gegen die Verfassungsreform und gegen eine Reform der Lehrerausbildung, die die Regierungspartei vorgelegt hatte, sowie gegen die hohen Strompreise. Sie hatten einen Dialog mit dem Präsidenten eingefordert und VertreterInnen warteten im Präsidentenpalast auf Otto Peréz Molina, während das Feuer auf Ihre KollegInnen eröffnet wurde. Aber von wem?

Regierung: Scheibchenweise die Wahrheit

In einer der ersten Pressekonferenzen, die noch am Tag der Ereignisse stattfand, dementierten der Innen- und Verteidigungsminister, dass die Polizei und Militärangehörigen Schusswaffen getragen hätten. Auch Präsident Pérez Molina sprach anfangs von unbewaffneten Polizisten und Militärs.

Innenminister López Bonilla gab an, dass der Fahrer eines mit Zement beladenen Lastwagens die Schüsse mit einem Gewehr abgegeben hätte. Dass die Schüsse von einem Lastwagen abgegeben worden seien, davon sprach auch die Vertreterin der Vereinigung der 48 Kantone, Carmen Tacam. Allerdings habe es sich um Soldaten gehandelt, die die DemonstrantInnen angegriffen hätten. Mit der Information, dass sieben Militärs verletzt worden seien, wollte der Verteidigungsminister Anzueto, am Tag nach dem Ereignis der Öffentlichkeit nahe bringen, dass Gewalt (auch) von den Protestierenden gekommen sein müsse.

Inhaltsverzeichnis

Neue Opfer der Militarisierung: Acht Tote bei Demonstration in Totonicapán......1

"Was hier passiert ist, ist nichts Einmaliges!"......2

Internationale Menschenrechte in Guatemala zwischen Machterhalt und Emanzipation......3

Tipp: Menschenversuche in Deutschland und Guatemala (ein Radio-Gespräch auf Onda)5

Solidarität mit einer bedrohten Journalistin: Du bist nicht allein, Carolina

Guatemala-Symposium vom 1.-3.
November in Frankfurt/Main.....6

López Bonilla sagte gegenüber Prensa Libre, dass die meisten Verletzten durch tumultartige Auseinandersetzungen mit Macheten entstanden seien – also unter den Campesinos selbst. Auch der Präsident sagte, dass DemonstrantInnen auf einen Armeelaster geschossen hätten. Am Freitag musste er dann doch zugegeben, dass die Sicherheitskräfte geschossen hätten. Das Nationale Forensische Institut (INACIF) hat inzwischen die Opfer untersucht und festgestellt, dass sechs der acht Toten durch Munition der Galilgewehre umgebracht wurden, die ausschliesslich vom Militär benutzt werden. Die Todesursache war in den meisten Fällen der Blutverlust in Folge der Einwirkung der 5.56 mm-Geschosse.

Gegenüber der internationalen Diplomatie versuchten der Präsident und der Aussenminister das Ereignis zu erklären – wie Prensa Libre berichtete. Der Regierungsverantwortliche für den Dialog mit der Zivilgesellschaft, Miguel Ángel Balcárcel, sagte, dass diese Ereignisse von gewissen ideologischen Kreisen gezielt genutzt werden, um die Regierung zu disqualifizieren". Die Diplomaten hätten darin übereingestimmt, dass es notwendig sei, Mechanismen des Dialogs zu entwickeln um die Probleme zu lösen. Ebenso sollten die Risiken analysiert werden, die vom Einsatz von Militär bei solchen Einsätzen ausgingen. Balcárcel rechtfertigte dagegen den Einsatz des Militärs in Fragen der inneren Sicherheit damit, dass die Polizei nicht ausreichend für diese Aufgaben ausgestattet sei, wo es doch eine übergrosse Anzahl an Strassenblockaden einzig an diesem Tag gegeben habe. Von den internationalen Diplomaten haben alle den Einsatz der Soldaten kritisiert. So sagte der israelische Diplomat Eliahú López: "Wir sind hier nicht im Krieg oder einem bewaffneten Konflikt, sondern eine Demonstration, mit dem man umgehen können muss!" Soldaten seien nicht qualifiziert, in sozialen Konflikten zu vermitteln. Der Repräsentant des UN-Hochkomissariats für Menschenrechte, Alberto Brunori, kündigte an, dass seine Institution einen Bericht über die Ereignisse verfassen werde. Weiterhin fand er offene Worte für die Regierung Molina: "Das Hochkommissariat hat gefordert, dass die Unterstützung für die Aufgaben der öffentlichen Sicherheit von Seiten des Militärs so rasch wie möglich beendet werden muss. Es ist beklagenswert, dass eine legitime Demonstration von Personen, die Rechte einfordern, mit acht Toten endet."

Dass die Verantwortlichen vor Ort etwas zu verbergen hatten, zeigt die Tatsache, dass den MitarbeiterInnen des Büros des Menschenrechts-Ombudsmanns – nach Aussage des Amtsinhabers, Jorge de León Duque - nicht gestattet wurde, an den Tatort zu kommen.

Die BürgerInnen von Totonicapán

Die Betroffenen in Totonicapán verurteilten die Stellungsnahmen der Exekutive und machten den Präsidenten und den Innenminister für die Toten verantwortlich. Die Bevölkerung formulierte einige Forderungen an verschiedene staatliche Stellen, wie etwa die Staatsanwaltschaft, aber auch an Menschenrechtsorganisationen. Zu aller erst fordern sie trotz der Interessenskonflikte die Lösung des Falles, also die Ermittlung der Schuldigen, die allesamt im Dienste des Staates seien. Die Menschenrechtsgruppen bitten Sie, dass sie eigene Untersuchungen anstellen, um eine Dokumentation zu erstellen, die sie der CICIG und der Staatsanwaltschaft für Menschenrechte vorlegen könnten. (Die Menschenrechtsorganisationen Guatemalas haben in einem Appell die Morde verurteilt und neben anderem eine Entmilitarisierung gefordert.)

An der den Ereignissen folgenden Trauerfeier und zugleich politischen Demonstration nahmen 15.000 Menschen teil, darunter auch einige Verletzte des Blutbads. "Ich habe gesehen, wie vier oder fünf Soldaten um sich schossen. Es waren keine Polizisten, sondern Soldaten. Und die haben nicht in die Luft geschossen, sondern auf Menschen", versicherte Ronaldo Arturo Carrillo, der eine Schusswunde am Arm davon trug.

"Was hier passiert ist, ist nichts Einmaliges!"

Interview mit einem Quiché-Aktivisten (aus Sicherheitsgründen nicht namentlich erwähnt), veröffentlicht am 08. Oktober 2012 (http://periodismohumano.com/en-conflicto/las-muertes-de-campesinos-en-totonicapan-no-son-nada-aislado.html)

Das Interview wurde direkt nach dem Massaker geführt, daher ist noch von sechs Toten die Rede.

Was passierte heute in Totonicapán?

Wir sind sehr erschüttert über das Massaker, das unseren K'iche-Freunden in Totonicapán widerfahren ist. Der Befehl für das Blutbad kam direkt von der Regierung, also vom Präsidenten Otto Pérez Molina selbst. Jener, von dem man weiss, dass er ein Mann des Genozids ist.

Wie kam es zu den sechs Toten?

Die Sache war die, dass unsere Freunde von den 48 Kantonen eine friedliche und völlig legitime Demonstration veranstaltet haben, um drei Forderungen durchzusetzen [siehe oben, Red.]. Sie haben diese Entscheidung getroffen, weil sie seit zwei Monaten die Forderungen des Volkes in die Öffentlichkeit tragen und die Regierung aber ihre Ohren verschliesst und nichts tut, um die Probleme zu lösen.

Wie haben Sie diesen Moment erlebt?

Es war ein Chaos. Erst sagten sie was von vier Toten, dann von sechs. Viele Leute liegen im Krankenhaus. Wir wissen nicht, ob auch welche verhaftet worden sind. Die Medien sagen irgend etwas, nur nicht die Wahrheit. Sie rechtfertigen die Mittel der Repression gegen das Volk. Es gibt viel Unsicherheit, aber auch viel Desinformation.

Was denken Sie, welche Massnahmen werden nun ergriffen?

Wir lehnen die Gewalt ab, weil sie den Weg in die Repression festschreibt. Nichts rechtfertigt Leben, zu vernichten, noch die brutale Gewalt, die die Regierung nutzt. Fünf Militärlastwagen schickte sie zur Demonstration. Es zeigt die Repression, die pure Erfüllung von Befehlen. Was da in Totonicapán passiert ist, ist nichts Einmaliges, nichts Neues. Es wurde ja von der Regierung angekündigt. Und von der Oligarchie. Diese rassistische Oligarchie diktiert eigentlich den Staat. Einmal mehr haben wir eine Repressionswelle, die von oberster Staatsstelle ausgeht – wie in der Zeit des Bürger-krieges. Wir protestieren gegen diese Unterdrückung, weil sie den Weg zu einer Militärdiktatur eröffnen könnte. Die Leute verstehen nicht, dass Guatemala von vier Völkern bewohnt ist und dass wir Mayavölker unsere eigenen Formen der Weltsicht haben. Wir treffen unsere Entscheidungen. Daher meinen wir, dass wir dieses Ereignis nicht isoliert betrachten dürfen, weil diese Repression gut geplant ist und Beziehungen hat zu den transnationalen Konzernen, dem Repressionsapparat des Staates und der Oligarchie.

Haben Sie noch eine Botschaft für die Öffentlichkeit?

Dass wir uns vereinen sollten, dass wir der nationalen und internationalen Welt sagen, dass wir uns vereinigen müssen. Ich habe auch eine Botschaft an die Staatsanwaltschaft: dass sie die Sache untersucht und Gerechtigkeit schafft, dass es keine Straffreiheit gibt. Und ich spreche mich gegen jede Gewalt aus. Dem Staat sage ich: Sei dir bewusst, dass du hier das Leben des Volkes vernichtest und dass wir in einem permanenten Kampf verharren. Wir sind mit immer mehr Formen der Unterdrückung konfrontiert und wir müssen das gegenüber den Vereinten Nationen und internationalen Organisationen anklagen. Diese müssen sich endlich offen äussern, denn wenn sie das nicht tun, bleibt es bei der Straflosigkeit und die Regierung macht so weiter – weil sie die Macht dazu haben und weil dieser Präsident es so gewohnt ist. Wir sind voller Schmerz, wir sind in Trauer und die Machtelite erzählt irgendetwas in den monopolisierten Medien.

Internationale Menschenrechte in Guatemala zwischen Machterhalt und Emanzipation

Von **Jana Hornberger** (veröffentlicht in ak 575 vom 21. September 2012, wir danken für das Recht auf Abdruck)

Von 1960 bis 1996 tobte in Guatemala einer der blutigsten internen bewaffneten Konflikte des lateinamerikanischen Kontinents, dessen Wunden bis heute nicht geheilt sind. Hier hat der Begriff der Menschenrechte – "derechos humanos" – eine besondere Bedeutung. Seine Verwendung ist nur im Kontext einer Gesellschaft zu verstehen, in der es trotz eines breiten Schweigens Bestrebungen zur Aufarbeitung eines Genozids gibt.

Das Trauma der guatemaltekischen Bevölkerung ist auch 16 Jahre nach dem Ende des Konflikts längst nicht überwunden. Bei den Wahlen vom November 2011 wurde zudem der General Otto Pérez Molina zum neuen Präsidenten gewählt. Molina ist der ehemalige Leiter des Militärpostens in Nebaj in der Region Ixil, wo der Genozid an der indigenen Bevölkerung mit am schlimmsten war. Seine Regierung streitet ab, dass es in Guatemala jemals einen Genozid gegeben habe.

Trotz dieser beunruhigenden Entwicklungen gibt es bewundernswerte Projekte, um gegen das Unrecht zu kämpfen: Die Asociación para la Justicia y Reconciliación (AJR) ist eine Organisation von Überlebenden des internen bewaffneten Konflikts, die sich für die juristische Aufarbeitung der Vergangenheit einsetzt. Ihr ist es grösstenteils zu verdanken, dass der mittlerweile über80-jährige Ex-General Efraín Ríos Montt seit Januar 2012 vor Gericht steht – einer der ersten nationalen Prozesse gegen den Genozid überhaupt.

Ausserdem haben sich in den letzten Jahren viele, vor allem indigene Organisationen gegründet, die sich gegen die Ausbeutung von Land und natürlichen Ressourcen aussprechen. Der Kampf gegen Megaprojekte ist existentiell: Der Bau

von Wasserkraftwerken und Infrastruktur, Ölförderung, Grossplantagen oder Goldminen rauben der ländlichen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage. Die Bedeutung der "madre tierra", also der Mutter Erde, steht für die Maya-Bevölkerung im Zentrum ihrer Kosmologie und Reproduktion.

Bei all diesen Kämpfen spielen die "derechos humanos" als Bezugspunkt eine wichtige Rolle. Bei aller gerechtfertigten Kritik, die der Menschenrechtsbegriff seit seiner Entstehung erfahren hat, hat dieser doch auch einen radikalen Charakter: So wenig die Menschenrechte Universalität beanspruchen können, so sehr eignen sie sich dennoch als einzigartiges Instrument, um Nein sagen zu können und Widerstand zu leisten. Diese negative Dimension des Begriffs ist universell: Die Verweigerung der herrschenden Zustände und das Potenzial, dass daraus etwas Neues entsteht.

Kriminalisierung sozialer Proteste

Der herrschende Diskurs um die "derechos humanos" der guatemaltekischen Machtelite – ein Konglomerat aus Politik, Militär und Wirtschaft – hat dagegen das vorrangige Ziel, nationale sowie internationale Organisationen und soziale Protestbewegungen zu kriminalisieren, auch wenn diese sich nur indirekt auf die Menschenrechte beziehen.

So gab es während eines Gerichtsprozesses im Juli eindeutige Einschüchterungsversuche gegenüber internationalen MenschenrechtsbeobachterInnen durch den Anwalt des Angeklagten: Er forderte die RichterInnen auf, die Identität der BeobachterInnen sowie ihre Visabestimmungen zu überprüfen und beschuldigte sie öffentlich, ihn bedroht zu haben. Hier wird die Absurdität des Menschenrechtsdiskurses der Elite deutlich: Mit dem Bezug auf Menschenrechte wird versucht, diejenigen zu kriminalisieren, die die Opfer von staatlichem Terror verteidigen wollen.

Auch die guatemaltekische Medienlandschaft trägt zu dieser Kriminalisierung bei. Fast täglich erscheinen Kommentare, die suggerieren, dass internationale Organisationen den Diskurs der Menschenrechte in Guatemala für sich beanspruchen und dadurch die Bevölkerung zu sozialem Protest und Unruhen anstiften würden. So stürzten sich die Medien vor ein paar Monaten auf schwedische Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, welche angeblich "Gruppen, Organisationen und Entitäten mit sehr dubiosen Aktionen" finanziell unterstützten. (Estuardo Zapeta, Siglo21 vom 27.03. 2012).

Kürzlich bezeichnete ein Kolumnist die Reaktionen internationaler Organisationen auf die sie diffamierende Berichterstattung als "schmutzigen Krieg" gegen die freie Meinungsäusserung und damit als Bedrohung für die guatemaltekische Demokratie. Bestimmte soziale Gruppen innerhalb Guatemalas, so der Kolumnist, nutzten "die Gelder und Beratung von »befreundeten Ländern« dazu, um Gewalt und Unruhe zu stiften". Auch trage die Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, "dieselben Techniken und Taktiken zur Organisierung der Bevölkerung anzuwenden wie während des internen bewaffneten Konflikts" (José Raúl González Merlo, Prensa Libre.). Die Liste solcher Beispiele liesse sich lange fortsetzen.

Der Menschenrechtsdiskurs der sozialen Bewegungen

Doch zum Glück befindet sich die guatemaltekische Bewegungslandschaft in einem Emanzipationsprozess gegen den herrschenden Diskurs und führt einen bewundernswert radikalen Kampf um die Anerkennung der Geschichte der Unterdrückten. In allen Ecken des Landes organisieren sich die Menschen – seien es die SchülerInnen der urbanen Zentren, die sich gegen die qualitative Verschlechterung der Lehrerausbildung zusammenschliessen und wochenlang den Schulbetrieb lahm legen, oder die unterschiedlichen ländlichen indigenen Bewegungen, die sich gegen den Bau diverser Megaprojekte und die zunehmende Militarisierung zur Wehr setzen. Bei all diesen Kämpfen geht es um Emanzipation und um die Etablierung eines anderen Diskurses: Auf fast allen von indigenen Bewegungen organisierten Veranstaltungen spielt der Begriff der Menschenrechte eine Rolle. Meist wird der Versuch unternommen, ihn zu erklären und zu kontextualisieren. Zudem betonen viele das Potenzial sowie die Bedeutung des Begriffs für indigene Bewegungen, wobei sich diese ausserdem auf die Rechte der indigenen Völker berufen, wie sie von den Vereinten Nationen erarbeitet wurden.

Des Weiteren geht es darum, auf die Intentionen und Folgen von Kriminalisierung, wie etwa die Spaltung von Gemeinden, aufmerksam zu machen. Solche Veranstaltungen schaffen neue Handlungsspielräume, in denen die negative Dimension des Menschenrechtsbegriffs zum Ausdruck kommt: Die Menschen verweigern die ihnen zugeschriebene Opferrolle, sie verweigern die weitere Ausbeutung ihres Lebensraumes, sie verweigern die wieder aufkeimende Militarisierung in ihren Regionen und sie verweigern die offizielle Geschichtsschreibung. Aufarbeitung von Vergangenheit ist immer mit dem Ringen um die Deutungshoheit über die vergangenen Geschehnisse verbunden. Die »derechos humanos« werden dabei in Guatemala auf der einen Seite durch eine nationale Elite instrumentalisiert, welche ihre Interessen vor vermeintlichen Kriminellen schützen will.

Auf der anderen Seite nutzen indigene sowie urbane Bewegungen sie als progressives Werkzeug im Kampf um Emanzipation von einer mehr als 500 Jahre alten repressiven sozialen Struktur sowie für die Verteidigung von Lebensraum. In Guatemala ist es an der Zeit, dass die herrschende Version von Geschichte durch die Geschichte der Ausgebeuteten, Ermordeten und Verschwundenen abgelöst wird.

Jana Hornberger war von Februar bis August 2012 in Guatemala und hat in dem internationalen Begleitprojekt ADA mitgearbeitet.

Tipp: Menschenversuche in Deutschland und Guatemala (ein Radio-Gespräch auf Onda)

Berlin, 27. September 2012 (Livesendung) In der Ausgabe 471 berichtete ¡Fijáte! über die Menschenversuche von US-Wissenschaftlern in Guatemala. Das ist jetzt zwei Jahre her. Damals hatte sich US-Präsident Barack Obama öffentlich bei Guatemalas Staatschef Álvaro Colom dafür entschuldigt, dass mindestens 1.300 GuatemaltekInnen zwischen 1946 und 1948 von einer nordamerikanischen Delegation mit Syphilis und Tripper infiziert wurden. Viele von ihnen waren Häftlinge und psychisch Kranke. Finanziert wurde die makabre Studie von US-Gesundheitsbehörden.

Darüber sowie über die Menschenversuche während der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland spricht Onda, der lateinamerikanische Radiokanal für Europa, in einer einstündigen Sendung, die am 27. September in Berlin ausgestrahlt wurde. Gesprächsteilnehmer sind der emeritierte Professor für Medizingeschichte an der Charite in Berlin, Prof. Dr. Gerhard Baader und der Journalist und Dozent am Lateinamerika-Institut der FU Berlin, Gabriel Caballeros. Beide forschen nach den spezifischen Charakteristiken der Experimente in den beiden Ländern: Welche Versuche wurden mit welchem Ziel unternommen? Welche Personen galten als "lebensunwertes Leben" und ergo als potentielle Versuchsobjekte? Wie kam es zur Aufklärung der jeweiligen Taten? Obwohl sich diese Experimente an Menschen in Guatemala und Deutschland unter sehr unterschiedlichen Bedingungen abspielten, geht es auch darum, nach möglichen Gemeinsamkeiten gerade in ideologischer Sicht zu fragen. Doch nicht nur die Verbrechen, auch ihre ethische Verurteilung haben eine globale Tragweite: Seit der Deklaration von Helsinki 1964 positioniert sich der Weltärztebund ausdrücklich gegen unfreiwillige Humanexperimente. Sind damit derartige Verbrechen verunmöglicht worden? Auch darüber wurde – unterbrochen von Musik – geredet. Wer sich eine Stunde Zeit nehmen will, kompetente Infos über dieses Thema zu erhalten, der gehe auf http://npla.de/onda/content/1256.

Solidarität mit einer bedrohten Journalistin: Du bist nicht allein, Carolina

Guatemala, 8. Oktober 2012. 18 Jahre lang hat die Journalistin Carolina Vásquez Araya in ihrere Kolumnen in der Tageszeitung Prensa Libre geschrieben und die Ungerechtigkeiten aufgezeigt und angeklagt, denen verschiedene Sektoren der guatemaltekischen Bevölkerung ausgesetzt sind. Ein täglich wiederkehrendes Thema ist das der Gewalt gegen Frauen und Mädchen, in all ihren Formen, und die Forderung nach Gerechtigkeit und einem Ende der Straffreiheit.

Aufgrund der Kolumne "Kindertag", die am 1. Okotber erschien und die systematische Vergewaltigung von Mädchen zwischen sieben und 14 Jahren auf der Finca La Pangola, in La Gomera, Department Escuintla, beschreibt, werden der Autorin nun Todesdrohungen geschickt. Einige der Drohungen gingen auch gegen ihre Familie. Ebenso wird Kollegin Ilka Oliva, die in den USA lebt, in den Drohungen genannt. Carolina Vásquez Araya zitierte als Beispiel einen Fall, den die Journalistin Oliva erzählte: Der Verwalter der Finca La Pangola vergewaltigte die Töchter seiner Arbeiter. Er suchte sich Mädchen zwischen sieben und 14 Jahren aus, um sie zu entjungfern.

Das Observatorium der Journalisten solidarisierte sich mit Carolina Vásquez Araya und fordert, dass die Regierung die ihre Integrität schützt. Carolina Vásquez Araya stellte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Dies ist nur ein weiteres Beispiel der Intoleranz der dunklen Bereiche unsere Gesellschaft, jene, die in völliger Straffreiheit ihre Macht ausüben, ihre Gewaltpraktiken fortsetzen und versuchen, Protestrufe (oder –schreiben) zum Schweigen zu bringen, wie die von Carolina und Ilka. JournalistInnen zählen zu einer Gruppe von MenschenrechtsverteidigerInnen, die in Guatemala sehr oft Bedrohungen und Angriffen aufgrund ihrer Arbeit ausgesetzt sind.

Guatemala-Symposium vom 1.-3. November in Frankfurt/Main

Frankfurt am Main Vom 1.-3. November 2012 findet in Frankfurt/Main ein Guatemala-Symposium statt. Veranstalter sind zwei Institute der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, das dortige Instituto Cervantes, der Frankfurter Bundestagsabgeordnete und ehemaliger MINUGUA-Leiter, Tom Königs (Grüne) und der Hessische Landesverband des Verbandes der Spanischlehrer. Titel ist Nie wieder – Vom Trauma eines Bürgerkrieges hin zu einer ethnischen Integration, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Ist es 30 Jahre nach Beginn der exzessiven Gewalt des guatemaltekischen Staates und 20 Jahre nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Rigoberta Menchú möglich, dass die kommende Generation die Richtung des Landes verändert? Da es nicht häufig vorkommt, dass Guatemala so ausführlich und prominent besetzt Thema einer Veranstaltung in Deutschland ist, soll das Programm hier ausführlicher vorgestellt werden.

Den Anfang macht eine abendliche Diskussion am 1. November im <u>Instituto Cervantes</u>, <u>Staufenstr. 1</u> zwischen Tom Königs (MdB) und Otilia Lux de Coti (politische Aktivistin und ex-Kulturministerin) über "20 Jahre nach der Friedensnobelpreisverleihung – was bedeutet "Nie wieder" heute?

2. November: Instituto Cervantes, Staufenstr. 1

Session: "Die offizielle Erinnerungskultur"

9:15 - 10.30

- Dr. Gustavo Porras (ex-Guerillero, Regierungskoordinator für die Friedensverhandlungen und ihre Umsetzung 1996-2000, Guatemala Stadt): "Mediation im Bürgerkrieg und der Weg zum Friedensabkommen 1996"
- Lucía Escobar (Journalistin und Kulturpromotorin, Guatemala Stadt): "Künstlerische Bewegungen nach dem Friedensvertrag Ist die neue Generation bereit, das Land zu regieren?"

11.00-12.15

- Álvaro Ramazzini (Erzbischof von Huehuetenango): "Die Katholische Kirche und die Wiedergeburt der Maya"
- Josef Sayer (ex-Geschäftsführer von Misereor, Aachen): "Internationale Begleitung bei der Suche nach Wahrheit und Versöhnung".

Session: "Die geschichtliche Erinnerung der Zivilgesellschaft": (mit Simultanübersetzung) 14:00 – 14.45

- Arturo Taracena, (Historiker, Mérida /MEX), "Erinnerung und Geschichte an den bewaffneten Konflikt in Guatemala"

14.45 - 16.00

- Otilia Lux de Cotí, (Guatemala Stadt): "Die Beteiligung an der Politik durch die Maya: Herausforderungen für ihre Entwicklung"
- Carolina Escobar Sarti, (Guatemala Stadt): "Frau, Kultur und Wort: Möglichkeiten einer Bürgerschaftlichkeit für Frieden"

16:30 - 18.00

- Elisabeth Rohr, (Uni Marburg) / Birgit Stanzel (GIZ, Eschborn): "Spuren des Traumas: Annäherung an eine Zukunft über die Vergangenheit"

20:00 Podiumsdiskussion "Das Trauma überwnden, um eine Zukunft aufzubauen"

Moderation: Gerhard Strecker

Podiumsteilnehmende: Gustavo Porras/ Arturo Taracena / Otilia Lux de Coti / Carolina Escobar Sarti

<u>3. November</u> (R.1.802, Casino, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Grüneburgplatz 1) (auf Spanisch) *Session: Die Erinnerung der Zivilgesellschaft*

9:00 - 10.30

- Gustavo Porras, (Guatemala Stadt): "Visionen und Möglichkeiten einer multiethnischen und versöhnten Gesellschaft"
- Roberto Gutiérrez, (Quetzaltenango): "Maya-Gruppen und Unternehmer in ländlichen Gebieten"

Secssion: Die kulturelle Erinnerung

11:00 - 12:15

- Werner Mackenbach (Costa Rica): "Mythos und Erinnerung mi Werk von Franz Galich. De Huracán corazón del cielo

a Tikal Futura"

- Dante Liano (Universität Mailand): "Erinnerung und Literatur in Guatemala"

12:15-14:00 Mittagessen und -pause

14:00 - 15:30

- Julie Marchio (Aix-en-Provence/Marseille): "Die bewaffneten Konflikte und die Erinnerungsromane *Con Pasión Absoluta* von Carol Zardettoals Paradigma"
- Roland Spiller (Frankfurt a. M.): "Cuando despertó, el dinosaurio todavía estaba allí. Der Alptraum der Geschichte bis in die Neurobiologie hinein: Horacio Castellanos Moya, Dante Liano, Rodrigo Rey Rosa y Carol Zardetto"

16:00 - 17:45

- Alexandra Ortiz Wallner (Berlín): "Erinnerung, Gerechtigkeit und Wahrheit: Aktuelle kulturelle Initiativen in Guatemala"
- Valeria Grinberg (Bowling Green, USA): "Sprechen, Bild, Aktion: Interventionen des Dokumentarfilms im Kampf für eine Erinnerungskultur in Bezug auf den Genozid in Guatemala"
- Alan Mills (Potsdam): "Eingeborene der Zukunft: Eine Lektüre des *Popol Wuj* zum Nachdenken über das Zusammenleben in Guatemala im 21. Jahrhundert"

17:45 Abschlussworte

19:30 Literaturnacht (Instituto Cervantes - 60323 Frankfurt - Staufenstr. 1)

(auf Spanisch)

Lesungen aus guatemaltekischen Büchern durch Dante Liano, Alan Mills und Carol Zardetto Moderation: Valeria Grinberg und Werner Mackenbach

Der Eintritt zu allen Veranstaltungen ist frei.

¡Fijáte!

http://fijate.guatemala.de

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6